

4. Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043)

Antrag des Regierungsrates vom 10. Januar 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 11. März 2025

KR-Nr. 477/2022

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Es geschieht ja nicht oft, dass die KPB eine Delegation der Sicherheitsdirektion zu Beratungen empfangen darf. Das von Domenik Ledergerber und Mitunterzeichnenden eingereichte dringliche Postulat hat dies möglich gemacht. Wir danken an dieser Stelle Herrn Regierungsrat Mario Fehr natürlich nicht nur für den Besuch, sondern auch für die umfassende Beantwortung der Fragen während dreier KPB-Sitzungen herzlich.

Mit dem dringlichen Postulat waren Antworten zum Umbau des Seepolizeistandes Oberrieden gefordert worden. Es ging um die Fragen, weshalb die Kosten des Projektes trotz Reduktion des Raumprogramms dreimal höher ausfielen als beim ursprünglichen Projekt und wie die Regierung zur Einschätzung der gebundenen Ausgaben des Gesamtprojektes kam.

Wie die Regierung an den KPB-Sitzungen ausführte, ist das Gebäude aufgrund des Alters stark instandsetzungsbedürftig und genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Ein Neubau wurde zugunsten einer umfassenden Sanierung der Anlage auf dem Fussabdruck des ursprünglichen Gebäudes verworfen. Neu projektiert wurden Büroräumlichkeiten und Ausbildungsräume, Einstellhallen für Grossfahrzeuge, eine Bootshalle mit direkter Anbindung an den See, eine Schiffswerkstatt.

Für die umfassende Instandstellung bewilligte der Regierungsrat Mitte 2022 eine gebundene Ausgabe von insgesamt 33,4 Millionen Franken. Die Kostensteigerung gegenüber dem Projekt von 2016 erkläre sich dadurch – so argumentiert die Regierung –, dass das Projekt damals finanziell viel zu gering dimensioniert worden sei. Die damalige Planung habe funktionale, flächenmässige und auch sicherheitsrelevante Lücken aufgewiesen. Die Frage der Gebundenheit der Ausgaben führt die Regierung auf folgende Faktoren zurück: zeitlich, denn es bestehe dringender Handlungsbedarf, örtlich, denn das Gebäude lasse sich an keinem anderen Standort realisieren und sachlich, weil sich inhaltlich bei der Gesamtinstandstellung ausschliesslich die heutigen Bedürfnisse abdecken liessen. Die KPB liess sich indes von dieser Argumentation nicht ganz überzeugen. Die meisten Fraktionen übten Kritik an der Klassifizierung der als gebundene Ausgaben bezeichneten Kosten und argumentierten teilweise, es hätte ein Teil der Kosten als neue Ausgaben betrachtet und dem Kantonsrat vorgelegt werden müssen. In einem zweiten Kritikpunkt war die KPB einig mit den grundsätzlichen, umfangreichen Beanstandungen der Finanzkontrolle sowie der Finanzkommission am Planungsprozess. Durch fehlende Prozessklarheit sei das Projekt langwierig und kostspielig und mitunter intransparent durchgeführt worden, und dies hätte ein Übersteuern der Gesamtprojektion durch die zuständigen Regierungsräte zugeführt.

Indes begrüsst die KPB das neue Bauprojekt als zweckmässig und notwendig und sie dankt der Sicherheits- und der Baudirektion für die Einsicht in die Planungsmängel und für das im Sinne eines Lernprozesses aktive Angehen derselben. Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen die Abschreibung des dringlichen Postulates.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Zunächst einmal: Die Sanierung ist nötig, das anerkennen wir, aber das Projekt ist ein Lehrstück, wie ein Bauprojekt nicht geplant werden sollte. Dies richtet sich jetzt eigentlich an den Herrn Baudirektor (*Regierungspräsident Martin Neukom*). Und es ist wie immer sehr, sehr teuer. Es wird zum Beispiel ein Notstromdieselgenerator mit einer Leistung von 200 Kilowatt eingebaut, und niemand weiss, wofür.

Es ist positiv, dass der Sicherheits- und der Baudirektor das Heft in die Hand genommen und das Projekt vorangetrieben haben, nachdem es wirklich nicht vorwärtsging. Es ist hingegen sehr fragwürdig, dass ein gebundenes Projekt von den Herren Regierungsräten vorbestellt wurde. Der Bau- und der Sicherheitsdirektor haben zum Voraus entschieden, dass das Projekt gebunden sein muss. Ich schliesse daraus, dass der Kantonsrat bei diesem Projekt umgegangen werden sollte. Das Sanierungsprojekt wurde zudem vom Gesamtregierungsrat verabschiedet, bevor man die genauen Kosten kannte. Das ist aus meiner Sicht auch sehr fragwürdig. Also, das Projekt wurde im Voraus als gebunden deklariert, und das ist unsere grosse Kritik an diesem Projekt. Und erstaunlich ist schon, dass der Vorschlag der Projektgruppe für die Variante «Ersatzneubau» vom Regierungsrat nicht bevorzugt wurde, gleich teuer veranschlagt war wie das Projekt, für das sich der Regierungsrat entschieden hat, nämlich für die Instandsetzung und die Erweiterung, beides mit Kosten von 33 Millionen Franken. Die Folge daraus: Wir werden einen Vorstoss einreichen, der zukünftig verunmöglichen soll, dass solche Projekte als gebunden deklariert und am Kantonsrat vorbeigeschmuggelt werden. Bei aller Kritik, wir schreiben ab.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Wir forderten Transparenz und Klarheit über die massive Kostenentwicklung beim Projekt zur Sanierung des SeepolizeiPostens in Oberrieden. Aus ursprünglich deutlich kleineren Planungen ist ein Projekt mit einem Volumen von über 33 Millionen Franken geworden, das ist mehr als eine Verdreifachung. Was uns die Regierung als sachliche und transparente Berichterstattung verkauft, hinterlässt bei genauerer Betrachtung mehr Fragen als Antworten. Der Regierungsrat erklärt die Kostenexplosion mit gestiegenen Anforderungen, mit Nachhaltigkeitsstandards, mit einer Korrektur der ursprünglichen Projektlücken. Doch wo bleibt die kritische Selbstreflexion, wo bleibt die klare Unterscheidung zwischen tatsächlich gebundenen Ausgaben, also der gesetzlichen Notwendigkeit und der politisch gesetzten Prioritäten, die sehr wohl verhandelbar gewesen wären? Allein der Verweis auf das Polizeiorganisationsgesetz und auf eine angebliche Alternativlosigkeit des Standorts soll uns glauben machen, dass hier kein Handlungsspielraum bestand.

Doch die Wahrheit ist: Handlungsspielraum bestand sehr wohl. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, verschiedene Varianten gegenüberzustellen, Alternativen zu prüfen und im Sinne der Transparenz gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung die politischen und finanziellen Folgen offenzulegen. Was wir stattdessen erhalten haben, ist ein Bericht, der fast durchgängig von der Prämisse der Gebundenheit ausgeht, ohne diese fundiert zu hinterfragen. Damit unterläuft der Regierungsrat nicht nur das eigentliche Anliegen des Postulats, er schwächt auch das demokratische Kontrollinstrument der parlamentarischen Oberaufsicht. Ich frage Sie: Wollen wir wirklich ein System stärken, in dem der Regierungsrat komplexe Infrastrukturprojekte als gebunden deklariert und damit jeglicher politischer Einflussnahme entzieht? Es braucht eine vertiefte kritische Auseinandersetzung mit der politischen, finanziellen und ökologischen Verantwortung bei öffentlichen Bauvorhaben, gerade dort, wo Nachhaltigkeit nicht nur versprochen, sondern auch glaubwürdig umgesetzt werden soll, heute und in Zukunft.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Das Wesentliche zu diesem dringlichen Postulat hat die Kommissionspräsidentin schon zusammengefasst, und auch die Finanzkontrolle hat die Geschichte so weit als möglich aufgearbeitet. Aus baulicher Sicht möchte ich noch auf einen Aspekt hinweisen: Wenn ein Gebäude bei einer Sanierung bis auf den Rohbau rückgebaut wird und der verbliebene Rohbau dann noch erdbebensicher gemacht werden muss, ist ein Ersatzneubau in der Regel kosteneffizienter und auch ökologisch sinnvoller. Mit einem Neubau besteht zudem die Chance, die Räumlichkeiten den zeitgemässen Nutzungsabläufen anzupassen und das Gebäude ohne Kompromisse mit dem Altbau für die Nutzung der nächsten 50 Jahre auszurichten. Mit anderen Worten: Es besteht die Möglichkeit, mit den gleichen finanziellen Mitteln einen Mehrwert durch die Investition zu erzielen. Diese Chance wurde bei diesem Projekt verpasst.

Die zuständigen Regierungsräte Mario Fehr und Martin Neukom haben den Weg gewählt, die Sanierung als gebundene Ausgabe durchzudrücken. Wir haben nun erfahren, dass der Projektverlauf alles andere als optimal war und die zuständigen Regierungsräte sich entschieden haben, vorwärtszumachen. Als Freisinniger und Unternehmer weiss ich, dass man in schwierigen Situationen Entscheide fällen und manchmal auch vorwärtsmachen muss. Nur tue ich dies dann in der Verantwortung für meine eigenen Finanzen. Bei diesem Projekt hätte es durchaus eine Vielzahl von möglichen Lösungsvarianten gegeben, allein schon der ausgeschriebene Architektur-Wettbewerb hat dies gezeigt. Die Gebundenheit der Ausgabe ist deshalb ernsthaft infrage zu stellen. Beim nächsten Mal kann der Regierungsrat in einer verknorzten Situation auch gerne frühzeitig Kontakt mit der KPB aufnehmen und das Vorgehen absprechen. Wir attestieren, dass das umgesetzte Projekt durchaus sparsam realisiert wurde, aber die Chance, mit dem gleichen Geld einen Mehrwert für die Zukunft zu erzielen, leider verpasst wurde.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Ich spreche für die GLP in Stellvertretung von Nathalie Aeschbacher. Ich danke Regierungsrat Mario Fehr, dass er sich als zu-

ständiger Regierungsrat, der seit Beginn involviert war, bereit erklärt hat, die Erkenntnisse der Finanzkontrolle und der KPB entgegenzunehmen und auch dazu zu stehen, was funktioniert hat und was nicht. Zu hoffen bleibt, dass die Empfehlung der Finanzkontrolle tatsächlich umgesetzt und die Lehren aus dem Projekt zu den Abläufen, Kriterien, Definitionen und so weiter direktionsübergreifend gezogen werden.

Das Thema «Gebundenheit» wird uns wohl noch länger beschäftigen. Es ist nicht das einzige Geschäft, bei dem dieses Thema immer wieder auftaucht, das wir zwischen dem Kantonsrat und dem Regierungsrat konstruktiv und unabhängig von einem vorliegenden Projekt diskutieren sollten. Der Vorstoss hatte seine Berechtigung, wir stimmen der Abschreibung jetzt zu. Danke.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Projekte, deren Ausgaben als gebunden bezeichnet werden, werden in der Regel rasch umgesetzt, da sie nicht vom Kantonsrat bewilligt werden müssen. Und «rasch» verstehen wir etwas anderes. Bereits in den Jahren 2013 und 2015 wurden Kredite für Vorstudien bewilligt. Das marode Betriebsgebäude aus dem Jahre 1975 wurde seither nicht jünger, und noch heute diskutieren wir darüber. Es geht aber vorwärts.

Die Gesamtinstandsetzung des Betriebsgebäudes der Seepolizei und der Schiffsfahrts-Kontrolle wurde 2022 vom Regierungsrat beschlossen. Die Neuaufgleisung nach dem Projektstopp vor neun Jahren schliesst nun die grossen Planungslücken von damals. Statt eines Abbruchs wird der Weg der Instandsetzung eingeschlagen. Und wenn alles gut läuft, die Erdbebensicherheit gewährleistet ist, die baulichen Kompromisse tragfähig sind und die Abdichtung hält, kann das Projekt erfolgreich umgesetzt werden. Wir vertrauen darauf, dass die gebundenen Ausgaben von 33,4 Millionen Franken ausreichen. Die darin enthaltene Reserve von 25 Prozent ist sicherlich nicht falsch, es bestehen ja Risiken. Da die Gebundenheit der Kosten mit der Dringlichkeit der Instandsetzung und dem zwingenden Standort begründet wird und offenbar kein Ermessensspielraum besteht, bleibt uns keine andere Wahl. Wir schreiben ab und schauen gespannt zu, wie das Siegerprojekt «Hecht» die Wende bringt. Glaubt man den aktuellen Aussagen, ist der Bauabschluss für das Jahr 2029 vorgesehen. Vielleicht wird am Ende noch gut, was lange währte, und zwar unabhängig davon, ob die Kosten des Projekts als gebunden bezeichnet werden können oder nicht.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Dass eine Sanierung des Stützpunktes zwingend notwendig ist und rasch realisiert werden sollte, hat die Mitte-Fraktion nicht angezweifelt. Ob tatsächlich alle geplanten Erweiterungen und Anpassungen zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Verwaltungsaufgaben zwingend erforderlich sind und daher als gebunden gelten, haben wir jedoch angezweifelt. Wir danken für den Bericht. Die Gebundenheit der Kosten hinterlässt trotzdem einen schalen Nachgeschmack bei uns, wir schreiben dennoch ab. Danke.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon) spricht zum zweiten Mal: Werter Regierungsrat Mario Fehr, an der gestrigen Veranstaltung (*des Zürcher Turnverbandes*) habe ich

dir gesagt, ich müsse heute ein Hühnchen mit dir rupfen, und du hast gesagt, du übernehmest die Verantwortung für alles: «Ich habe meine Pflicht, meinen Teil beigetragen.» Du hast nicht viele Federn lassen müssen, wir schreiben ab.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich glaube, dass dieses Projekt des Regierungsrates tatsächlich – wenn ich es zurückhaltend sagen darf – nicht in allen Teilen gelungen ist. Der Prozess, der irgendwann im Jahre 2014 begann, war unnötig langwierig, er war kostspielig, er war auch nicht so richtig transparent. Ich glaube aber, dass wir daraus auch etwas gelernt haben, wie wir zwischen den jeweiligen Bestellern und der Baudirektion besser zusammenarbeiten müssen. Wir müssen früher klären, was die wesentlichen Inhalte einer solchen Sanierungsvorlage sind und welche eben auch nicht, und das gilt selbstverständlich nicht nur für Projekte der Sicherheitsdirektion.

Ich glaube, trotz aller Kritik und auch aufgrund meiner juristischen Vorkenntnisse, dass man dieses Projekt als gebunden bezeichnen kann, weil es in sachlicher, zeitlicher und örtlicher Hinsicht keinen wesentlichen Entscheidungsspielraum gab. Aber ich attestiere freimütig, dass es zur Frage der Gebundenheit immer Auseinandersetzungen geben wird und dass ich es wahrscheinlich als Parlamentarier dann und wann anders gesehen habe als jetzt als Mitglied einer Exekutive; das war schon auf Gemeindeebene der Fall. Ich bin deshalb sehr gespannt auf den Vorstoss von Herrn Domenik Ledergerber, wie er den Regierungsrat mehr an die Kandare nehmen will.

Ich danke für die sachliche Diskussion, die letzten Endes doch in einer wesentlichen Erkenntnis gipfelt: Das vorliegende Bauprojekt ist geeignet. Die Seepolizei wird im September ihr 50-jähriges Bestehen an diesem Ort feiern können. Das heutige Betriebsgebäude ist sehr auffällig. Ich freue mich, Sie dann 2029 zur Eröffnung einladen zu dürfen.

Ratspräsident Beat Habegger: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 477/20223 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.